

Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz
Juristes Démocrates de Suisse
Giuristi e Giuriste Democratici Svizzeri
Giuristas e Giurists Democratics Svizzers

Jahresbericht 2007-2008 (Juni-Juni)

Der Vorstand hat sich im Berichtsjahr zu drei Sitzungen in Bern getroffen, daneben wurden zahlreiche Geschäfte auf dem Zirkularweg (e-Mail) verhandelt. Allen Vorstandsmitgliedern sei hiermit herzlich für ihr Engagement gedankt. Ebenfalls herzlich danken wir dem Redaktionsteam von plädoyer/plaidoyer und Christian van Gessel, der die Texte für die DJS-Seite im plädoyer ins Französische übersetzt.

Vereinheitlichung Strafprozessordnung

Anlässlich ihrer (29.)Delegiertenversammlung vom 23. Juni in Neuchâtel haben die anwesenden Mitglieder der Demokratischen Juristinnen und Juristen DJS die vom Parlament verabschiedete Vorlage einer einheitlichen StPO diskutiert. Zu der, vom Nationalrat ganz gestrichenen Möglichkeit der Mediation bei Antragsdelikten haben sich die DJS-Delegierten einstimmig dazu geäußert, dass diese Form der Konfliktregelung ein MUSS ist und die Kehrtwendung des Bundesrates wie auch des Nationalrates nicht nachvollziehbar sei.

Das Argument der hohen Einführungs- oder Verfahrenskosten liessen die DJS-Delegierten nicht gelten, zumal diese Kosten bei denjenigen Kantonen, die ein Mediationsverfahren bereits kennen nicht oder nur ungenügend erhoben worden sind. Mit der Einführung der neuen StPO werden den Kantonen insgesamt teils hohe Kosten anfallen, sodass mögliche Mehrkosten für ein Mediationsverfahren kaum ins Gewicht fallen dürften. Mittelfristig könnten aber dank Mediation die tatsächlichen Gerichtsverfahrenskosten und vor allem weitere Folgekosten für die Betroffenen und für die Gesellschaft erheblich gesenkt werden. Zudem ist das Ziel der Mediation – die Aussöhnung zwischen Täter und Opfer – ein modernes Verfahren und ein wichtiges Instrument mit präventiver Wirkung. Als minimalistische Lösung müsse, so die DJS-Delegierten an der Kann-Formulierung des Ständerates festgehalten werden. So könnten zumindest diejenigen Kantone, welche mit der Mediation bereits gute Erfahrungen gemacht haben diese weiterhin nutzen und weiterentwickeln. Leider hatten verschiedene Interventionen bezüglich Erhalt der Mediation keinen Erfolg. Die Mediation ist definitiv nicht in der neuen Strafprozessordnung verankert.

Insgesamt beurteilen die DJS die vom Parlament verabschiedete eidg. Strafprozessordnung als in vielen Bereichen ungenügend, vor allem weil es nicht gelungen ist, bei diesem sogenannten Jahrhundertwerk die Verteidigerrechte und die Grundrechte eindeutig und unmissverständlich zu verbessern und auszubauen.

Vereinheitlichung der Zivilprozessordnung (ZPO)

Im Schatten der Vereinheitlichung der StPO ging die Vereinheitlichung der ZPO etwas vergessen – sowohl bei den Medien wie auch beim DJS-Vorstand. Zahlreiche Punkte sind aus unserer Sicht unbefriedigend. Auch das Parlament, bzw. dessen zuständige Kommissionen haben - so der Eindruck der DJS - die Vorlage etwas gar schnell durchgepaukt: Klagen sollen komplizierter und teurer werden, die Klagedurchsetzung würde massiv erschwert und bei der Umsetzung in den Kantonen ist zu befürchten, dass einzelne weitere Klagehindernisse einführen werden: In Bern und Zürich etwa sollen die bisher gut und speditiv funktionierenden Arbeits- und Mietgerichte abgeschafft und mit umständlichen Sühneverfahren von paritätischen Schlichtungsstellen ersetzt werden.

Nationale Anti-Folter-Kommission

Nachdem der Ständerat dieser Kommission bzw. dem entspr. Gesetz grundsätzlich zugestimmt hat ist nun der Nationalrat dran. Das Geschäft kommt Ende Mai 2008 in dessen Rechtskommission und wird voraussichtlich im Herbst 2008 definitiv verabschiedet. Die DJS wollen sich um einen Sitz in dieser Kommission bewerben (vom Vorstand nominiert ist Judith Wyttenbach). Wie der Bundesrat als wählende Behörde das Wahlverfahren gestalten wird ist allerdings noch völlig offen das es eine Kommission in dieser Form bisher in der Schweiz noch nie gegeben hat.

Anfragen für finanzielle Unterstützung / Vernetzungsarbeit

Im Berichtsjahr hat der DJS-Vorstand folgende Unterstützungsbeiträge gesprochen:

- Jahresbeitrag 2008 (500 Franken) an die leider immer aktueller werdende **Anti-Waffen-Initiative** der SP, GSoA und Friedensorganisationen.
- Jahresbeitrag 2008 an **grundrechte.ch** (100 Franken), ein Verein, der im Hinblick auf die Verschärfung des Staatsschutzgesetzes enorm wichtig wird (s. dazu auch den von grundrechte.ch lancierten öffentlichen Appell „BWIS II“ der unter www.grundrechte.ch untergeschrieben werden kann).
- Beitrag für 2008 für die Mitgliedschaft im **Förderverein Menschenrechts-Institution**: ein Anliegen, das zwar breite Unterstützung geniesst aber irgendwie nicht vom Fleck kommt. Vor dem Hintergrund der jüngsten Prüfung der Schweiz durch den UNO-Menschenrechtsrat sollte das Anliegen nun aber neuen Auftrieb bekommen: Mehrere Staaten forderten die Schaffung einer Nationalen Menschenrechtsinstitution in der Schweiz (gestützt auf die Resolution der UNO-Generalversammlung von 1993 in Paris).
- Beitrag für 2008 für die Kampagne **„EURO 08 gegen Frauenhandel“** mit der Mitgliedschaft (Fr. 300.--/Jahr) – eine Kampagne, die über die EURO 08 hinaus Wirkung haben soll und insbesondere auch die Legalisierung von illegal in die CH verschleppten und zur Prostitution gezwungenen Frauen anstrebt.

Regelmässige Mitgliedschaften:

- EJDm (Europäische Demokratische JuristInnen, Fr. 3'000.— Jahresbeitrag)
- Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP, Fr. 250.--/Jahr)
- Verein „Pro Fri“, Schweiz. Feministisches Rechtsinstitut (Fr. 200.--/Jahr).

Gesetzes-Vernehmlassungen

Die DJS haben sich auch im Berichtsjahr an verschiedenen eidgenössischen Vernehmlassungen beteiligt – sie sind jeweils auf der Homepage der DJS abrufbar: **Strafbehördenorganisationsgesetz** (StBOG – u.a. Aufsicht über die Bundesanwaltschaft), Vorlagen (Parlamentarische Vorstösse der SVP) gegen **„Scheinehen“** (Kompetenzen der Zivilstandsämter, Entzug Bürgerrecht), VOSTRA-Verordnung (Online-Zugriff für kantonale Einbürgerungsbehörden), Verordnungen zum **Ausländerrecht** (ZivilstandsVo, IntegrationsVo, Vo über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit), **Mietrechtsrevision**.

Weitere Aktivitäten

Monitoring-Gruppe zur IVG-Revision: Die DJS ist über ein Berner und ein Genfer Mitglied in dieser Arbeitsgruppe (initiiert von Agile) vertreten.

Gutachten zum Thema: „Die zivilstandsrechtliche Behandlung von Kindern papier- oder wohnsitzloser Eltern“ (DJS-Beitrag Fr. 1000.—). Das von der Sektion Bern der DJS initiierte und von Pro Juventute mit-unterstützte Gutachten (Kostendach Fr. 4000.—) liegt seit Ende April 2007 vor und ist nach der Publikation auf reges Interesse gestossen (zahlreiche Bestellungen auch von nicht-DJS-Mitgliedern).

Verhaftungen anlässlich der Anti-WEF-Kundgebungen im Januar 2008 in Bern: Nach der in der Presse publizierten Festnahme von zwei Journalisten (WOZ und Le Courrier) direkt vor dem Hauseingang des DJS-Büros (Neuengasse 8) haben die DJS - zusammen mit allen im Haus angemeldeten Vereinen - beim eidg. Datenschutzbeauftragten ein Einsichtsgesuch in die Staatschutzakten deponiert.

EURO 08: Auch wenn einige Fussballfans leider nicht gerade den besten Ruf haben ist doch zu befürchten, dass in verschiedenen Fällen Unbeteiligte von den, für die EURO 08 eigens vorgesehenen Grundrechte-Abbau-Massnahmen und Sondergesetze betroffen sein werden. Einige der vorgesehenen Massnahmen sind aus rechtsstaatlicher Sicht sehr bedenklich, u.a. auch weil sie von der eigentlich geltenden Unschuldsvermutung abweichen. Mit einem Rechtshilfe-Flyer, Picketanlaufstellen und Legal Teams wollen die DJS gemeinsam mit anderen Grundrechte-Organisationen dafür sorgen, dass die Grundrechte respektiert und allfällige Verfahren gegen Fussballfans in einem rechtsstaatlich vertretbaren Rahmen durchgeführt werden bzw. das Handeln von Polizei und Justiz kritisch verfolgen und auswerten.